

„Der lange Atem hat sich gelohnt, definitiv“

Ein Gespräch mit dem Sprecher der Bundesfachgruppe Wasserwirtschaft, Andreas Kahlert, über den Erfolg der federführend von ver.di getragenen Europäischen Bürgerinitiative „Wasser ist Menschenrecht“



FOTO: PRIVAT

Gut Ding braucht Weile, sagt der Volksmund. Im Falle der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) „Wasser ist Menschenrecht“ waren es ganze zwölf Jahre. Doch am Ende steht ein grandioser Erfolg. ver.di und der Europäische Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst (EGÖD) haben nicht nur erreicht, dass Wasser nicht zur Handelsware werden darf. Die Kampagne zeigt auch, dass es möglich ist, die EU-Ebene zu nutzen, um Verbesserungen in den Mitgliedstaaten durchzusetzen. Was es dazu braucht, so lange durchzuhalten, erzählt uns Andreas Kahlert, Betriebsratsvorsitzender bei den Wasserwerken Westfalen und einer der Mitinitiatoren der EBI.

■ **Andreas, was hast du gedacht, als das EU-Parlament im April die Neufassung der Kommunalabwasserrichtlinie verabschiedet hat?**

Andreas: Einmischen und Mitmachen lohnt sich. Auch wenn wir definitiv einen ganz schön langen Atem gebraucht haben. Es ist immerhin zwölf Jahre her, dass wir die Kampagne gestartet haben. Mit der Neufassung der Kommunalabwasserrichtlinie wurde nun die letzte von drei Forderungen der EBI erfüllt: die Verankerung des Menschenrechts auf den Zugang zu sicherer Abwasserentsorgung im EU-Recht und eine Stärkung der Herstellerverantwortung. Die „right-to-water“-Kampagne, abgekürzt r2w, zeigt exemplarisch, dass die EU Instrumente bereitstellt, die wir nutzen können, um die Politik hier vor Ort unter Druck zu setzen. Wenn sich die nationalen Regierungen bei bestimmten Themen sperren, können wir so über Bande spielen.

Du hast die dritte erfüllte Forderung erwähnt, was waren die beiden anderen?

Andreas: Die erste Forderung der Kampagne war, das Menschenrecht auf Wasser in europäisches Recht zu verankern. Das zweite war: Wasser als öffentliches Gut zu behandeln und nicht wie andere Handelswaren den Regeln des Binnenmarktes zu unterwerfen. Beide Forderungen hat die EU bereits erfüllt. Zumindest für uns in Deutschland ist das Thema Wasserprivatisierung damit durch.

Wie habt ihr die Initiative damals eigentlich gestartet?

Wir waren nur eine kleine Gruppe, höchstens eine Handvoll Leute hier in Deutschland. ver.di und der EGÖD hatten entschieden, das Instrument der EBI zu nutzen. In vielen Ländern, auch in Deutschland, gab es damals Versuche, die Wasserversorgung zu privatisieren. Das wollten wir verhindern und dazu die EU nutzen.

Wer waren und sind die Treiber einer solchen Privatisierungspolitik?



FOTO: VER.DI

Erfolgreiche Übergabe der Unterschriften aus Deutschland an das Bundesverwaltungsamt in Köln

Andreas: Ganz konkret war es der damalige EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen Michel Barnier. Dahinter stand nicht die traditionelle Wasserwirtschaft, sondern

konzerne wie die französische veolia Gruppe

Die Anforderungen an eine EBI sind ziemlich hoch? Es braucht eine Million Unterschriften, die aus mindes-

tens sieben EU-Mitgliedstaaten stammen müssen.

Andreas: Und das war gar nicht das Schlimmste. Denn es war die erste EBI überhaupt. Nicht nur wir, auch die EU musste noch viel lernen. Brüssel hatte uns beispielsweise keine Serverparks und Onlinezugänge zur Verfügung gestellt. Die waren aber zwingend notwendig, wenn wir auch mit Onlineunterschriften arbeiten wollten. Doch im Laufe der Zeit haben alle gelernt. Ich glaube, dass wir mit der r2w-Kampagne eine wichtige Grundlage für alle folgenden EBIs geschaffen haben.

Wie habt ihr es hinbekommen, so viele Unterschriften zu sammeln?

Andreas: Zur Wahrheit gehört, dass der Anfang ziemlich holprig war. Die Unterschriftensammlung sollte von September 2012 bis August 2013 laufen. Im Dezember hatten wir lediglich 21.000 Unterschriften. Da haben wir gedacht, wir werden untergehen.

Was hat sich geändert?

Andreas: Die EU-Kommission hat uns geholfen, wenn auch unfreiwillig. Der bereits erwähnte EU-Kommissar Michel Barnier wollte in einem Richtlinienentwurf für Konzessionsvergaben eine Marktöffnung für Wasser durchsetzen, eine ganz klare Privatisierung durch die Hintertür. Das ist nicht nur uns aufgefallen, sondern auch vielen Journalistinnen und Journalisten. Zum Beispiel den Kolleginnen und Kollegen vom ARD-Magazin Monitor, die darüber berichtet haben. Das hat dem Thema eine enorme Öffentlichkeit gebracht und der Kampagne einen enormen Schwung. Binnen weniger Monate haben wir in Deutschland eine Million Unterschriften bekommen. Am Ende waren es sogar 1,38 Millionen.

Wie haben sich die Arbeitgeber verhalten?

Andreas: Meine Wahrnehmung ist, dass der Erfolg der Kampagne Eindruck bei den Branchenverbänden gemacht hat. Die Verbände VKU, BDEW, DVGW, DWA und AöW haben die Aufnahme von Wasser in die Konzessionsrichtlinie der EU ohnehin abgelehnt und dann mit dem

Rückenwind unserer Initiative dafür lobbyiert, dass Wasser aus dem Entwurf zur der Konzessionsrichtlinie herausfliegt.

Es gibt immer wieder das Argument, dass Gewerkschaften sich auf das betriebliche Geschäft konzentrieren und von solchen allgemeinpolitischen Kampagnen die Finger lassen sollen. Was hältst du davon?

Andreas: Im Fall der r2w-Kampagne hat dieses allgemeinpolitische Engagement unsere Position gegenüber den Arbeitgebern verbessert. Natürlich gab es vorher gute Kontakte zu Branchenverbänden. Allerdings sind die Beziehungen nach 2013 noch besser geworden. Denn die haben gemerkt, dass wir eine Macht sind. Das war ein sehr schöner Nebeneffekt. In vielen Unternehmen hat das Management begriffen: Auch wenn wir uns in Tarifeauseinandersetzungen auf die Nase hauen, an anderer Stelle können wir sehr gut zusammenarbeiten, weil die Ziele gleich sind. In dem einen oder anderen Unternehmen haben sich so unsere Spielräume für gewerkschaftliches Handeln deutlich verbessert. Uns Betriebsräten stand früher häufig eine Mauer entgegen, die ist nun teilweise eingebrochen. Und in der Praxis hilft es ganz konkret, denn wir können auf Betriebsversammlungen sagen, dass wir gemeinsame Ziele verfolgen.

Das Gespräch führte Johannes Schulten

Chronologie eines umfassenden Erfolgs



- 2009: Der EGÖD beschließt, die neue Möglichkeit einer EBI zu nutzen.
- März 2012: Start der r2w-Kampagne.
- 2013: Erster Erfolg: Die EU-Kommission streicht das Ziel der Marktöffnungen für die nationalen Wassermärkte aus der Konzessionsrichtlinie.
- September 2013: Die r2w-Kampagne sammelt EU-weit 1,9 Millionen Unterschriften. Die Mindestanzahl an Unterschriften wird in 13 Staaten überschritten. ver.di übergibt 1,38 Millionen Unterschriften an das Bundesverwaltungsamt.
- Dezember 2013: r2w ist die erste erfolgreiche EBI überhaupt.
- März 2014: Die EU-Kommission teilt mit, die Liberalisierung von Wasser wird nicht mehr weiterverfolgt.
- Oktober 2014: Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss fordert die EU-Kommission auf, die Forderung der EBI umzusetzen.
- September 2015: Umwelt- und Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments fordern die Kommission auf, das Menschenrecht auf Wasser und ein Liberalisierungsverbot im Europäischen Recht zu verankern.
- Zudem startet die EU-Kommission eine Online-Konsultation zur Trinkwasserqualität in der EU. ver.di ruft zur Beteiligung auf. 5.000 Menschen und Organisationen folgen dem Aufruf.
- Dezember 2020: Das Europäische Parlament verabschiedet die Neufassung der Trinkwasserrichtlinie. Darin erhalten ist die Aufforderung an die Mitgliedstaaten, den Zugang zu Trinkwasser für die am stärksten benachteiligten Gruppen zu verbessern.
- Oktober 2022: Vorlage der EU-Kommission zur Neufassung der Kommunalabwasserrichtlinie. Darin werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, den Zugang zur Sanitärversorgung für die am meisten benachteiligten Gruppen zu verbessern.
- Januar 2024: Einigung zwischen EU-Ministerrat, Europäischem Parlament und Europäischer Kommission auf die neue Kommunalabwasserrichtlinie. Damit ist die letzte Forderung des EBI erfüllt. Zudem wird dem Verursacherprinzip mit Einführung der erweiterten Herstellerverantwortung endlich Geltung verschafft. Wer schädliche Stoffe ins Abwasser bringt, muss künftig für deren Beseitigung bezahlen. Im April wurde die Richtlinie durch das Parlament verabschiedet.

HINWEIS

Erfolg auf ganzer Linie

„Wasser ist Menschenrecht“ ist die erste EBI jemals, deren Forderungen vollständig erfüllt wurden. Mehr Infos unter:

➔ Erfolg auf ganzer Linie | ver.di

